Haushaltsrede 2024

Nils Lenke
Vorsitzender Fraktion B'90 / Die GRÜNEN

Mit zunehmendem Alter nehmen viele von uns wahr, dass die Zeit scheinbar schneller vergeht. Und insgesamt wird heute eine Beschleunigung des Lebens in vielen Bereichen konstatiert: Das Berufsleben verdichtet sich, Termine werden enger getaktet, die Freizeit ist mit Aktivitäten vollgepackt. Doch nun willkommen in der Kommunalpolitik in Rheinbach, willkommen in der Entschleunigung. Statt in Wochen und Monaten müssen wir hier oft in Jahren und Legislaturperioden denken. Das wurde mir noch einmal deutlich, als ich mir in Vorbereitung auf diese Rede die Haushaltsrede von 2023 durch las. Denn ich hätte diese Rede einfach in weiten Teilen übernehmen und noch einmal vortragen können. Und zwar nicht, weil mir da ein Stück zeitloser Prosa gelungen wäre, sondern weil sich in vielen Bereichen seitdem nicht sehr viel verändert hat.

Natürlich werde ich das trotzdem nicht tun, kann es mir aber nicht verkneifen, wenigstens zwei Beispiele zu geben. Vorher möchte ich es aber nicht versäumen, mich noch einmal bei der Kämmerei für die Vorbereitung des Haushalts, diesmal ohne Kämmerer, zu bedanken. Ein Umstand, für den ja auch die Politik eine Verantwortung trägt. Ebenso darf ich allen weiteren Beteiligten, der Verwaltungsspitze und den anderen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit in den letzten Wochen danken. Nun zu den versprochenen Beispielen:

Beispiel 1, Baulandmanagement. Lieber Herr Bürgermeister, ich weiß es nervt Sie, wenn ich dieses Thema wiederholt anspreche. Glauben Sie mir aber bitte, dass ich sehr gerne darauf verzichten würden, dies ansprechen zu müssen; das liegt aber nur in Ihrer Hand. Letztes Jahr trug ich hier vor: „Es wurde ein Beschluss zum Baulandmanagement gefasst, eine Stelle geschaffen und Mittel bereitgestellt. Aus dem Beschluss wurde in unwürdiges Pingpong zwischen Bürgermeister und WFEG (…). Die Stelle ist nicht besetzt und die Mittel nicht verausgabt." Soweit ich das sehen kann, ist seitdem praktisch nichts passiert. Sie, Herr Bürgermeister sagen bei diesen Gelegenheiten dann immer, ohne die Besetzung der Stelle geht es auch nicht weiter, was ich aus zwei Gründen nicht verstehe. Erstens ist die Stelle so dotiert, dass man hier niemanden einstellen wird, der/ die Beschlüsse rechtssicher formuliert und Rechtsformen beurteilt, so wie es der Beschluss von der Verwaltung fordert. Zweitens ist die Stelle immer noch unbesetzt, der Bürgermeister hat aber auch keine Höherdotierung der Stelle oder Mittel für die Kandidat:innensuche beantragt. Und nicht immer können wir den BM zum Jagen tragen, wie z.B. bei der Stelle im Beschaffungswesen (übrigens auch ein Punkt, der schon in meiner Haushaltsrede 2023 vorkam).
Und dass, obwohl Arbeit ja genug da wäre. Für Grundstücksankäufe sind im Haushalt ca. 6 Mio budgetiert sind, kein geringer Betrag. Ja, einiges davon sind projektbezogene Ankäufe, doch im Zusammenhang mit den Projekten „Hotel Dröv" und Dreifachturnhalle ergibt sich auch die Gelegenheit, Flächen für den Wohnungsbau weiterzuentwickeln, und für jeden Ankauf kann Expertise im Hause ja nie schaden. Auch die Fläche neben dem geplanten Erweiterungsbau des Rathauses ist angesprochen worden, da sie sich bereits in städtischem Besitz befindet, ebenso die Bestandsgebäude der ehemaligen VHS und das Wasserwerk. Auch hier könnte sich die neue Organisation nützlich machen. Ich möchte daher der Hoffnung Ausdruck geben, dass wir hier sehr bald Fortschritte machen.

Zweites Beispiel Digitalisierung: „Wo ist der Online-Ferienkalender (…), wo die City-App, die versprochen war? Was ist mit dem Online-Zugangs-Gesetz (…). Das Ziel muss sein: Ganz Rheinbach in einer App! Digitalisierung hat neben der Wirkung nach außen aber auch einen Effekt nach innen. Richtig gemacht, kann sie Abläufe beschleunigen und Ressourcen freisetzen“, so hieß es 2023. Auch hier sind die Fortschritte seitdem sehr überschaubar. Dafür, dass wir als Stadt nach wie vor eine Homepage haben, nunmehr mit dem dritten Betreiber innerhalb weniger Jahre, darf man sich da wohl nicht zu sehr abfeiern. Immerhin nehmen wir positiv zur Kenntnis, dass unser Änderungsantrag überflüssig war, mit dem wir die Anschaffung von Soft- und Hardware für das Durchführen hybrider Ausschusssitzungen ermöglichen wollten, da die Veraltung das bereits pro-aktiv in Angriff genommen hat. Damit sind wir dann in der Zukunft moderner aufgestellt und auf eventuelle Notlagen vorbereitet.

Neben der „Entschleunigung“ sorgt ein weiterer Faktor für eine gewisse Beruhigung, wenn man sich als Kommunalpolitiker:in den erheblichen Beträgen des Haushalts gegenüber sieht. Und zwar die Erkenntnis, dass wir 90% der Ausgaben als Pflichtaufgaben gar nicht beeinflussen können. Auf kommunaler Ebene können wir es uns nicht aussuchen, ob wir ein Kanalnetz betreiben, Schulen vorhalten oder die anderen Aufgaben ausführen wollen, die uns andere politische Ebenen zuweisen, etwa die Unterbringung von Geflüchteten oder die Auszahlung von Sozialhilfe. In diesem Zusammenhang gehört es fast zum guten Ton, auf andere politische Ebenen zu schimpfen, die uns neue Aufgaben zuweisen und zwar in Verletzung des Konnexitätsprinzip ohne die gleichzeitige auskömmliche Zuweisung von zusätzlichen Mitteln. Da ist etwas Wahres dran, aber es ist auch ein wenig wohlfeil. Ich möchte das daher gerade nicht tun, sondern umgekehrt darauf hinweisen, dass die Landschaftsversammlung beschlossen hat, die LVR-Umlage um einen halben %-Punkt zu senken. Der Kreis reicht dies 1:1 weiter; dies wird unseren Haushalt in Rheinbach um ca. 0,5 Mio entlasten und das geplante Defizit nochmals, auf etwa 1 Mio €, reduzieren. Fairerweise muss man auch sagen, dass das Land nur über eine Steuer verfügt, deren Höhe es selber bestimmt, nämlich die Grunderwerbsteuer. Und der Bund ist durch die auch von vielen Fachleuten in ihrer Ausgestaltung kritisierte „Schuldenbremse“ gebunden, für die uns das Ausland auslacht. Trotz des jüngsten BVerfG-Urteils werden Bund und Land jedoch trotzdem ihre großzügigen Wiederaufbauhilfen nach der Flutkatastrophe 2021 aufrecht erhalten, ein Ausdruck gesamtdeutscher Solidarität, für den wir als betroffene Kommune ganz besonders dankbar sein sollten.

Damit ist auch ein weiterer Faktor genannt, der unsere Handlungsfähigkeit als Politik einschränkt. Erhebliche Investitionen in den Wiederaufbau sind alternativlos, binden aber natürlich jede Menge Kapazität. Daneben dürfen wir den eigenfinanzierten Bau neuer, bzw. die Sanierung vorhandener, Schulen, Turnhallen und anderer städtische Gebäude nicht komplett einstellen. Denn solche Investitionen sind Investitionen in die Zukunft. Damit das gelingen kann, haben wir als Politik unseren Beitrag geleistet: in den vergangenen Jahren haben wir mehrere neue Stellen in den Bereichen Hochbau und Planung geschaffen. In diesem Jahr haben wir den Bürgermeister ermutigt, im Bereich Vergabe eine weitere Stelle zu beantragen und diese auch bewilligt. Das letzte Jahr hindurch haben wir uns auf das Abenteuer „AG Priorisierung“ eingelassen und der Verwaltung nunmehr auch den Wunsch nach einer weitgehenden Budgetierung erfüllt. Dem Vorhaben, die Prozesse rund um Vergaben zu beschleunigen, stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Nun ist es an der

Verwaltung hieraus etwas zu machen. In diesem Sinne wünsche ich uns als Kommune, dass wir dieses Jahr so viele (gute!) Schulden, nämlich Investitionskredite, machen wie möglich!

Als Politik bleibt uns dann nur noch, hier und da einige Akzente in Bereichen zu setzen, die uns besonders wichtig sind. Einige dieser Bereich will ich noch kurz streifen.

Als Grüner Politiker kann ich nicht nicht über Klimaschutz sprechen. Dass Klimaschutz auch gute Haushaltspolitik ist, sieht man an den Energiekosten. Alleine für Strom werden wir in 2024 mehr als 974.000€ ausgeben, im Vergleich zu 2022, wo es „nur“ 441.000€ waren. Und das obwohl der dem Ukrainekrieg geschuldete „Horrorvertrag“ für 2023 ausgelaufen ist. Da rächt es sich, dass der Verbrauch seit Jahren stagniert und nicht zurückgeht, ebenso im Bereich Heizung. Investitionen in neue Gebäude und die Sanierung alter helfen dabei. So begrüßen wir, dass im Haushalt Investitionen in neue, klimaneutrale Heizungen in zwei Grundschule von zusammen 1 Mio. € eingestellt sind und die höchste Priorität erhalten haben. Schade, dass das „Leuchtturmprojekt“ Bauhof von der Verwaltung abgebrochen wurde, weil jetzt eine neue Lösung favorisiert wird, von der sich noch zeigen muss, wie realistisch sie ist.
Endlich gibt es Bewegung bei den PV-Anlagen auf städtischen Dachflächen, auch durch die neue Stelle im Hochbau, die wir in Vorjahren geschaffen haben. Als Betreiber kommt die neue Energiegenossenschaft in Gründung in Frage, ausgelöst durch eine Veranstaltung in 2023, für die wir Gelder bereit gestellt hatten, ebenso wie jetzt wiederum 10.000 € als städtische Einlage zur Verfügung stehen. Dagegen steht die geplante PV-Freiflächenanlage in Oberdrees noch im Planungsstau; schade, weil dadurch neben der Erzeugung sauberer Energie auch Erträge für die Stadt abfallen würden, die zukünftigen Haushalten helfen könnten. Gut hingegen, dass für die gesetzlich geforderte kommunale Wärmeplanung 110.000€, mit entsprechender Förderung, vorgesehen sind, damit die Bürger:innen möglichst bald wissen, woran sie sind. Dies wird Investitionen auslösen, die dem Klimaschutz dienen und gleichzeitig Deutschland unabhängiger von Energieimporten machen und den Hausbewohner:innen langfristig viel Geld sparen.

Als zweites ein paar Worte zum Thema Verkehr. Trotz der gemachten handwerklichen Fehler bin ich sehr froh, dass die Haushaltsansätze aus dem Vorjahr zum Thema „Zukunftsorientiertes Radverkehrsnetz“ in Form der Fahrradstraßen zu einer ersten Umsetzung gekommen sind. Gut, dass nun, dank erheblicher Fördergelder, wiederum 600.000€ im Haushalt bereitstehen, um weitere Maßnahmen zu realisieren. Lassen Sie uns alle zusammen die Nerven bewahren und das Gesamtbild abwarten, bevor wir hastig rechtlich zweifelhafte Änderungen an den Fahrradstraßen vornehmen. Lassen Sie uns auch so ehrlich sein und den Bürger:innen sagen, dass Verkehrsflächen endlich sind; wenn wir den Fahrradverkehr wirklich stärken wollen, dann werden wir dem Autoverkehr hier und da etwas wegnehmen müssen. Von einer angeblich geplanten „autofreien Innenstadt“, von denen in den unsäglichen Flugblättern die Rede war, sind wir trotz Fahrradstraßen sehr, sehr weit entfernt. In diesem Zusammenhang erwarten die Menschen von uns aber auch, dass wir endlich im Bereich der Hauptstraße Fortschritte machen. Die in den Vorjahren eingestellten Beträge für das integrierte Verkehrsentwicklungskonzept tragen dieses Jahr hoffentlich erste Früchte.

Neben aller Modernisierung und Veränderung muss auch Bewährtes erhalten bleiben, Beispiel Denkmalschutz. Letztes Jahr haben wir ihn ohne Geldmittel gestärkt, etwa durch die

Einrichtung ehrenamtlicher Beauftragter. Dieses Jahr werden wir, die Bewilligung vorausgesetzt, erhebliche Geldmittel in Höhe von 375.000€ für Eigentümer:innen von Denkmälern bereitstellen, von denen wir etwa 262.000€ durch Zuschüsse wiederbekommen. Auch dies wird zur Erhaltung unserer historischen Innenstadt beitragen. Eine Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft „Historische Stadt- und Ortskerne in NRW“ ist ein logischer nächster Schritt. Darauf aufbauen können wir uns dann um eine touristische Unterrichtungstafel (auch als „braunes Schild“ bekannt) an der A61 bemühen. Hierfür haben wir Mittel eingestellt. Stichwort Museen, wir sind sehr froh, dass eine neue Leiterin für das Glasmuseum gewonnen wurde, es zeigt, dass die von der Politik im letzten Haushalt vorgenommene Änderung der Stellenstruktur richtig war. Ein weiteres Museum rund um den „Bogenschützen von Rheinbach“ auch als Wolbi bekannt, wozu ein Prüfauftrag seit über einem Jahr läuft, würde unseren Tourismus-Standort nur stärken. Dazu werden auch die neuen Caravan-Stellplätze beitragen. Sorge macht die Schließung mehrerer Hotels. Vielleicht ist dies ein Thema, um das sich auch die Citymanagerin kümmern kann, deren Stelle wir im neuen Haushalt aus eigenen Mitteln verstetigt haben.

Wie im Vorjahr stimmt die Fraktion B‘90/Die Grünen dem Haushalt zu. Nicht weil er perfekt ist, sondern weil er mit den beschlossenen Änderungen die Basis ist, auf der wir in diesem Jahr arbeiten können. Lassen Sie uns daher nicht zu sehr in der Entschleunigung verharren, sondern gemeinsam für Rheinbach, nein nicht Gas geben, sondern besser in die Pedale treten!